



„Eine kleine Anzahl von Staaten schlägt sich besser, doch das ändert nichts an der allgemeinen Tendenz.“

IWF-Chefin Kristalina Georgieva wird die Prognosen für die Weltwirtschaft wahrscheinlich in Kürze nach unten revidieren. Foto: AFP

„Sparen wäre kontraproduktiv“

Wifo-Ökonomin Margit Schratzenstaller empfiehlt, die höhere Verschuldung Österreichs durch die Maßnahmen zur Abfederung der Corona-Krise zu akzeptieren, ein nochmaliges Herunterfahren sollte vermieden werden.

Die Regierung schnürt seit dem Herunterfahren zahlreicher Wirtschaftszweige Mitte März Paket um Paket, um Land und Menschen durch die Corona-Krise zu helfen. Woher kommt dieses Geld?

Margit Schratzenstaller: Ein kleinerer Teil der Maßnahmen – Kreditgarantien und Haftungen – kostet die öffentliche Hand unmittelbar nichts, sondern erst dann, wenn sie tatsächlich schlagend werden. Die Ausgaben für die Kurzarbeit, Zahlungen aus Härtefall- und Notfallfonds und zusätzliche rezessionsbedingte Arbeitslosenzahlungen werden durch zusätzliche Verschuldung finanziert. Das gilt auch für Steuerherabsetzungen, als Teil der Soforthilfemaßnahmen, sowie verringerte Steuereinnahmen aufgrund der Rezession.

Was könnte getan werden, um diese Ausgaben – die ja zumindest bis zum korrekten Beschluss des Budgets so Anfang des Jahres nicht

Steuern erhöht werden, wäre kontraproduktiv, da das den Konjunktüreinbruch noch verschärfen würde. Da Österreich vor der Krise Budgetüberschüsse hatte und die Schuldenquote in den letzten Jahren auf unter 70 Prozent gesenkt werden konnte, ist der Verschuldungsspielraum gegeben. Hinzu kommt, dass Österreich derzeit praktisch keine Zinsen auf Kredite zahlt. Die fiskalische Nachhaltigkeit ist daher derzeit trotz der massiven Neuverschuldung nicht gefährdet. Allerdings sollten die unabhängig von der Krise erforderlichen großen Strukturmaßnahmen in den Bereichen Föderalismus, Fördersystem etc. unverzüglich angegangen werden.

Wann sollte die geplante Steuerreform am sinnvollsten stattfinden?

Schratzenstaller: Ob und in welchem Umfang die vor der Krise beschlossene Steuerreform ab 2021 umgesetzt werden soll, sollte erst im Herbst geklärt werden, wenn die Auswirkungen der Corona-Krise auf Konjunktur und Budget deutlicher sichtbar sind und ein Kassasturz gemacht worden ist. Denkbar wäre allerdings, besonders konjunkturwirksame Teile der Steuerreform, vor allem die für 2021 geplante Senkung des Eingangsteuersatzes, vorzuziehen.

Klimaschutz ist in Zeiten der Corona-Krise thematisch kurz gekommen. Sind CO₂-Steuer und Co. in naher Zukunft noch Thema?

Schratzenstaller: Die Corona-Krise hat die Dringlichkeit einer forcierten Klimapolitik verdeutlicht. Die anstehenden Maßnahmen zur Konjunktur Stabilisierung sollten so weit wie möglich mit einer ökologischen Komponente versehen werden. Die bereits angekündigten Investitionen



„Whatever it takes“ – was immer es braucht. Die Bundesregierung schnürt Corona-Hilfspakete. Foto: iStock

von Dienstgeberbeitrag. Besonders wichtig: eine Lehrstellenoffensive.

Wie würde sich ein nochmaliges Niederfahren bei einer eventuellen zweiten Welle an Infektionen auswirken?

Schratzenstaller: Eine zweite Welle hätte auch schwerwiegende ökonomische Auswirkungen. Die OECD rechnet in ihrer soeben veröffentlichten Wirtschaftsprognose damit, dass eine zweite Welle in der Eurozone das BIP um 11,5 Prozent schrumpfen lassen würde – verglichen mit gut 9 Prozent ohne eine solche zweite Welle. Sie sollte also jedenfalls vermieden werden, weil damit eine noch höhere Arbeitslosigkeit sowie vermehrte Unternehmensinsolvenzen einhergehen würden.

Die Gleichstellung der Geschlechter wurde durch die Corona-Krise nicht unbedingt gefördert. Hat sich die wirtschaftliche Situation von Frauen verschlechtert?

Schratzenstaller: Frauen sind jedenfalls anders betroffen von der Krise als Männer. Zwar ist die Beschäftigung bei den Frauen weniger stark gesunken als bei den Männern, gleichzeitig betrifft der Beschäftigungsrückgang aber Wirtschaftsbereiche, die für die Frauenbeschäftigung besonders wichtig sind. Die Frauenarbeitslosigkeit ist weniger stark gestiegen und betrifft eher Höherqualifizierte, bei den Männern sind dagegen Geringqualifizierte stärker betroffen. Die Mehrfachbelastung durch Home-Schooling, Kinderbetreuung, zusätzliche Hausarbeit und aufgrund einer Beschäftigung in systemrelevanten Berufen war und ist für Frauen deutlich höher als für Männer.

Das Gespräch führte Verena Langegger



„Eine zweite Welle hätte auch schwerwiegende ökonomische Auswirkungen. Sie sollte vermieden werden.“

Margit Schratzenstaller (Wifo-Ökonomin) Foto: Wifo/Müller

geplant waren – wieder hereinzubringen?

Schratzenstaller: Österreich ist gut beraten, diese zusätzliche Verschuldung zu akzeptieren. Der Versuch, Defizite zu vermeiden, indem an anderer Stelle gespart oder

in den öffentlichen Verkehr sind ein gutes Beispiel. Auch weitere im Regierungsprogramm vereinbarte Klimaschutzmaßnahmen würden die Konjunktur beleben und sollten daher zügig umgesetzt werden. Gleichzeitig sollte das Abgabensystem wie geplant ökologisiert werden, um Preissignale für den erforderlichen ökologischen Umbau zu setzen.

Welche Reformschritte wären besonders zielführend, um Menschen mit niedrigen Einkommen und der Wirtschaft zu helfen?

Schratzenstaller: Hier wäre eine Kombination aus verschiedenen Maßnahmen denkbar, die gleichzeitig besonders konjunkturwirksam wären. Einerseits Entlastungen durch eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge gezielt für niedrige Einkom-

men sowie eine Reduktion des Eingangsteuersatzes. Andererseits befristete Erhöhungen von bestimmten Transferleistungen: etwa ein temporärer Zuschlag zum Arbeitslosengeld.

Wie realistisch ist eine Vermögenssteuer in Österreich, wie sie etwa die Arbeiterkammer zur Bewältigung der Krise fordert?

Schratzenstaller: Ganz grundsätzlich ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, um über Steuererhöhungen zur Krisenfinanzierung zu diskutieren, um das Vertrauen von KonsumentInnen und Unternehmen nicht noch weiter zu schwächen. Zudem ist davon auszugehen, dass wegen der sehr geringen Zinsen die Schuldenquote recht rasch wieder sinken wird, sobald Österreich die Corona-bedingte Rezession

überwunden hat. Insofern ist es überhaupt verfrüht, über Konsolidierungsmaßnahmen nachzudenken. Konkret zur Vermögenssteuer: Im nationalen Alleingang ist sie angesichts der hohen Mobilität des Vermögens und der nach wie vor lückenhaften internationalen Zusammenarbeit schwer zu erheben, weshalb sie inzwischen in fast allen Ländern abgeschafft worden ist.

Wie sollte es mit Kurzarbeitsprogrammen und Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit weitergehen?

Schratzenstaller: Für die Kurzarbeit ist ein Ausstiegsszenario erforderlich: Es braucht Maßnahmen, um die Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Denkbar wären befristete Kombilohnmodelle oder Befreiungen

Ethik im Handel gefordert

Wien – Auch die internationale Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung (GWÖ) veröffentlicht Empfehlungen für eine Wirtschaftspolitik nach der Corona-Krise. Die weltweit agierende Organisation um den österreichischen Publizisten Christian Felber verfasste ein Positionspapier zu den „Grundkonturen einer Post-Corona-Ökonomie“.

Die größte vergebene Chance wäre es, zu einem Normalzustand vor der Krise zurückzukehren – denn Klimawandel, Verlust von Artenvielfalt, Hunger und Ungleichheit seien in Summe größere Gefahren für die Gesundheit und das Leben der Menschen als ein einzelnes Virus. „Mit gleicher Konse-



Mehr Regionalisierung fordern Gemeinwohl-Ökonomen. Foto: iStock

quenz müssen jetzt auch die anderen relevanten Kurven abgeflacht werden: Flächenverbrauch, Energie- und Ressourcenverbrauch, Emission von Treibhausgasen, Gefährdung und Ausrottung von

Arten sowie der Anstieg der Ungleichheit und der Instabilität auf den internationalen Finanzmärkten und im Welthandel“, so die GWÖ-Experten. Zudem müssten Resilienz und Regionalität an die Stelle profitgetriebener Globalisierung treten. Nähe und überschaubare Strukturen nach menschlichem Maß sollten die Wirtschaftsbeziehungen und -strukturen bis an den Beginn der Lieferketten prägen. Zudem fordern die Gemeinwohl-Ökonomen „ethischen Welthandel“; dieser sollte Freihandel als Maxime der Welthandelsordnung ablösen. Anstelle der Optimierung von Finanzkennzahlen – und immer höherer Effizienz, Produktivität und

Innovation zu diesem Zweck – sollte generelle Gemeinwohl-Orientierung handlungsleitend werden. Das Konzept wird als ethisch fundiertes, nachhaltiges Wirtschaftskonzept gesehen, das auch als ein verantwortliches Unternehmensmodell von immer mehr Privatunternehmen, Bildungseinrichtungen und öffentlichen Gebietskörperschaften in immer mehr Staaten umgesetzt werde, heißt es. Durch die Corona-Krise könne ein Wertewandel eingeleitet werden. Umgesetzt werden sollten bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn, Kerosin- und CO₂-Steuern oder etwa auch eine Finanztransaktionssteuer. (ver)

„Dauerhaft gerettet“, 1100 AUA-Jobs zu viel

Wien – AUA-Chef Alexis von Hoensbroech sieht mit dem 600 Mio. Euro schweren Hilfspaket die Fluglinie dauerhaft gerettet, wie er zum Standard sagte. Die AUA sei vor der Corona-Krise kein Sanierungsfall gewesen, sondern seit sieben Jahren in der Gewinnzone.

Nun sei für zwei Jahre Kurzarbeit geplant, so lange keine Kündigungen geben. „Unser Ziel sind 80 Prozent der früheren Unternehmensgröße im Jahr 2022“, sagt Hoensbroech. „Da hätten wir dann aus jetziger Sicht 1100 Mitarbeiter zu viel.“ Derzeit hat die AUA 7000 Beschäftigte. Er gehe davon aus, dass ein großer Teil des Abbaus über

die Fluktuation erreicht werden könne. Die AUA-Mitarbeiter verzichten für fünf Jahre auf 300 Mio. Euro, er selbst werde mehr als die Hälfte des Einkommens verlieren, so Hoensbroech. Die Kunden erhalten eine Rückerstattung ihrer Tickets für gestrichene Flüge. (TT, APA)



Bis 2022 will die AUA 80 Prozent der früheren Größe erreichen. Foto: AUA